

## Haushaltsrede 2022



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen,

immer noch hat uns Corona fest im Griff. Wer hätte gedacht, dass eine solche Pandemie zwei Jahre lang dauert. Inzwischen haben wir uns mit den Einschränkungen mehr oder weniger abgefunden. Die Gemeindeverwaltung musste dadurch manche Betriebsabläufe ändern und manche Aktivität absagen oder zumindest verschieben. Endlich sind Lockerungen in Sicht.

Bei den Haushaltsplanungen ist aufgrund von Corona der Blick in die Glaskugel häufiger gefragt. Die Entwicklung der Einnahmen bei der Gewerbesteuer und der Vergnügungssteuer sind im Vorhinein ebenso wenig abschätzbar wie die Zuweisungen, die durch Land und Bund erfolgen. Dadurch war die Aufstellung des Haushalts diesmal eine besondere Herausforderung.

### Rückblick 2021

In 2021 waren die Gewerbesteuereinnahmen erstaunlich gut, was darauf hinweist, dass die hier ansässigen Firmen weiterhin gut produzieren und arbeiten konnten. Geringere Einnahmen gab es bei der Vergnügungssteuer, da die Spielstätten über längere Zeiträume geschlossen waren.

Insgesamt ist das Ergebnis 2021 sehr gut. Im Vergleich zum Plan für 2021 mit einem kalkulierten Verlust von 1,2 Mio. € hat sich im Ergebnishaushalt ein Plus von 3 Mio. € ergeben. Die Rücklagen betragen 21,3 Mio. €. Demgegenüber stehen die mittelfristig geplanten Investitionen in den nächsten Jahren in Höhe von 27,6 Mio. €, insbesondere für Kläranlage, Fernwasserleitung und Rathausenerweiterung.

2019 war der erste doppische Haushalt. Die Eröffnungsbilanz ist allerdings immer noch nicht ganz fertiggestellt. Inzwischen liegt jedoch die Auflistung des Anlagenvermögens vor. Es beträgt ca. 166 Mio. € und umfasst Grund und Boden, Gebäude (144 Mio. €) sowie das Infrastrukturvermögen (22 Mio. €).

### Allgemeine Finanzpolitik

Die Einbringung des Haushalts und die Diskussionen bei der Klausurtagung haben gezeigt, dass der Gesamthaushalt 2022 erfreulicherweise wenig Überraschendes bietet. Der Plan ergibt ein kleines Plus von 328.040 €. Hierbei, und das ist der große Unterschied zwischen dem neuen Haushaltsrecht gegenüber dem alten kameralistischen System, werden die Abschreibungen berücksichtigt. Der einzige Punkt, der heftig diskutiert wurde, ist die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes um 20 Punkte.

Im Zuge der Reformierung der Grundsteuer müssen die Grundsteuerhebesätze neu festgelegt werden. Derzeit werden die dafür heranzuziehenden Bodenrichtwerte vom Gutachterausschuss neu ermittelt. Dieser Wert multipliziert mit der Fläche des Grundstücks ist dann der neue Grundsteuermessbetrag. Unsere Fraktion war sich nicht einig, ob wir der Erhöhung der Hebesätze vor Einführung der neuen Grundsteuer zustimmen sollten.

Die Diskussionen in der Haushaltsklausur haben gezeigt, dass sich unsere Gemeinde ein Hallenbad leisten kann und unseren BürgerInnen zur Verfügung stellt, obwohl jedes Jahr etwa 1 Mio. € Defizit anfal-

len. Durch die Nutzung des Hallenbads ergeben sich jedes Jahr Einnahmen von lediglich etwa 120.000 €. Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von ca. 12%. Dabei wurden die Gebühren seit Jahren nicht erhöht. Dagegen versucht die Verwaltung bei den Kinderbetreuungskosten einen höheren Deckungsgrad zu erreichen.

## Kinderbetreuung/Schule

Um Kindertagesstätten und Schulen auch in Pandemiezeiten, insbesondere aus sozialen Gründen, offen halten zu können, wurden von der Verwaltung frühzeitig Schnelltests beschafft. Hierzu gehört auch die Anschaffung der durch die Corona-Pandemie notwendig gewordenen CO<sub>2</sub>-Ampeln und Luftfilter für unzureichend zu belüftende Räume. Somit werden für die Lindenschule Luftfilter und Lüftungsanlagen beschafft und installiert, für die GMS Luftfilter. Die Grundschule Leopoldshafen verfügt über ein CO<sub>2</sub>-gesteuertes Fensteröffnungssystem.

Die Digitalisierung der Schulen schreitet weiter voran, erforderliche Investitionen sind durch die Medienentwicklungspläne begründet.

Bei der Kleinkindbetreuung begrüßen wir die Einführung einer Platzpauschale für die Tageseltern. Sie sichert uns Betreuungsplätze und die Betreuung durch die Tageseltern.

Bezüglich des Haushalts betragen die Personalkosten im Bereich Schule und Kindergarten 7,5 Mio. €. Dies entspricht einem Prozentsatz von ca. 54% der gesamten Personalkosten. Das heißt mehr als die Hälfte der bei der Gemeinde Angestellten ist im Bereich der Kinderbetreuung tätig. Als zunehmend schwierig stellt sich allerdings das Finden neuer Mitarbeiter\*innen im Bereich der Kindererziehung dar. Der Ansatz über praxisintegrierte Ausbildung (PIA) neue Kräfte zu finden, halten wir für sinnvoll.

## Klimaausschuss

Bereits Ende 2019 haben wir eine Klimaausschuss beantragt und Punkte aufgeführt, wie wir uns eine klimaneutrale Gemeinde vorstellen. Die Themen sollen in einem Workshop mit Fachleuten diskutiert werden. Von Seiten der Gemeindeverwaltung soll dies nun in Kürze in die Wege geleitet werden. Da die Themen Klimawandel und Klimaschutz inzwischen auch in der breiten Bevölkerung angekommen ist, sind inzwischen auch andere Fraktionen bereit, sich diesen Themen ernsthaft anzunehmen. Wir sind gespannt auf die Diskussionen und die Umsetzungsvorschläge.

## E-Mobilität

Endlich hat sich die Gemeindeverwaltung durchgerungen, das Gutachten zur Ladeinfrastruktur durchführen zu lassen, das wir GRÜNEN bereits 2019 beantragt haben. Wir freuen uns, dass unsere Gemeinderatskolleg\*innen dies mittlerweile mehrheitlich unterstützen.

## ÖPNV

Baden-Württemberg soll bis 2040 klimaneutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr bis 2030 verdoppelt werden. Dazu bedarf es noch enormer Anstrengungen, um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. Das wird sehr viel Geld kosten. Allein dafür, dass wir gut an den ÖPNV angebunden sind, zahlt die Gemeinde einen nicht unbeträchtlichen Kostenbeitrag an den KVV, ohne jedoch Einfluss z.B. auf die Fahrpreisgestaltung nehmen zu können.

Der Beitrag, den die Gemeinde an den KVV/AVG entrichten muss, wird in den kommenden Jahren um jeweils 150.000 € pro Jahr steigen und erhöht sich damit in 2022 auf insgesamt 684.128 €. Es fährt je-

doch keine einzige S-Bahn zusätzlich. Abgesehen von der Einführung des 365-Tage-Jugendtickets sind keine nennenswerten Fahrpreissenkungen geplant. Eine Erhöhung der Taktung ist nicht möglich, da Teilabschnitte der S-Bahn-Strecke Richtung Hochstetten nur eingleisig sind, wie zum Beispiel die Brücke zwischen Eggenstein und Neureut, und die Bahnen regelmäßig Wartezeiten haben, um die jeweilige Gegenbahn vorbeizulassen. Für die Verlegung eines zweiten Gleises wird derzeit keine auch nur annähernd tragbare Lösung gesehen.

Um den ÖPNV attraktiver zu machen, haben wir angeregt, an der S-Bahn-Haltestelle Leopoldstraße eine größere überdachte Fahrradabstellanlage einzurichten. Die eingegangenen Angebote wiesen jedoch Kosten aus, die weit über dem Haushaltsansatz lagen. Wir bedauern, dass daher die Ausschreibung vorerst aufgehoben werden musste. Die Maßnahme soll jedoch in angepasster Form in 2022 durchgeführt werden.

## Herausforderungen

Zu befürchten ist, dass die Planungen der Deutschen Bahn für die Güterverkehrsstrasse zwischen Mannheim und Karlsruhe unsere Gemeinde stärker tangieren wird, als es bisher den Anschein hatte. In die zu erwartenden Auseinandersetzungen mit der DB werden Faktoren wie Lärmbelästigung, Flächenfraß und Naturschutz eine Rolle spielen.

Verglichen damit wäre eine Niederlage der Gemeinde, die wir sehr bedauern würden, und der BI „Strom-Mast-Frei“ im Kampf für eine Alternative zur Trassenführung durch den Bürgerpark leichter zu verschmerzen.

## N5

Die Planungen zur Erschließung des Neubaugebiets N5 gehen voran. Anfang Februar wurden die ersten Grundsatzbeschlüsse gefasst. Es freut uns, dass unsere Anregungen, die wir in einem Haushaltsantrag bereits 2018 formuliert haben, eingeflossen sind. Demnach wird es begrünte Dächer mit Photovoltaik-Anlagen geben, Regenwasser wird komplett im Baugebiet versickert, ein Nahwärmekonzept verspricht eine nahezu klimaneutrale Energieversorgung, in den größeren Wohneinheiten wird ein Anteil an sozialem Wohnungsbau verpflichtend, ebenso wird es eine Bauverpflichtung geben, damit nicht sogenannte „Enkelgrundstücke“ als ewige Baulücken unbebaut bleiben. Wobei Baulücken über eine neu festzulegende Grundsteuer C ab 2025 hoch besteuert werden könnten.

Ein aktuelles Thema sind die für das Gebiet zu erbringenden Ausgleichsmaßnahmen. Das Baugebiet umfasst ca. 16 ha Land, das bisher landwirtschaftlich genutzt wurde. Das sind 16 ha Boden, der durch die Baumaßnahmen unwiederbringlich zerstört ist. Boden gilt als ein schützenswertes Gut, er ist unsere Lebensgrundlage. Das Gesetz sieht für die Überbauung von Boden einen Ausgleich vor. Dafür wird das natürliche Wirkungsgefüge bewertet und es wird eine entsprechende Kompensation fällig. Die „Währung“ in der diese Kompensation geleistet werden muss, sind die sogenannten „Ökopunkte“, die im Zuge der städtebaulichen Planung ermittelt wurden. Im Ergebnis müssen etwa 1,2-1,5 ha Fläche „ökologisch aufgewertet“ werden. Diese Ausgleichsmaßnahmen müssen genau genommen so lange ihre Funktion erfüllen, wie die Beeinträchtigung durch das Baugebiet existiert. Derzeit liegen dafür zwei unterschiedliche Vorschläge vor.

In Abwägung der ökologischen Zielsetzungen haben wir GRÜNEN uns für die Wiedervernässung einer Fläche im Tiefgestade entschieden. Mit dieser Renaturierungsmaßnahme soll langfristig eine Feuchtwiese entwickelt werden, ähnlich denen, wie sie vor der Intensivierung der Landwirtschaft im Tiefgestade

existiert haben. Selbst wenn sich die gewünschten Lebensgemeinschaften nicht auf optimale Weise einstellen sollten, erhöht sich auf jeden Fall die Wasserhaltefunktion des Bodens und so bleibt diese Maßnahme ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Die endgültige Entscheidung steht noch aus. Danach können die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern beginnen. Das Neubaugebiet soll in 2025 fertig erschlossen sein.

Im Zuge des Entscheidungsprozesses für eine geeignete Ausgleichsmaßnahme als Kompensation für die Flächenversiegelung wurde klar, dass ein Gesamtkonzept zur Entwicklung der Flächen in Bezug auf Naturschutz (heute auch Klimaschutz) auf der Gemarkung fehlt. Was wollen wir entwickeln, was soll längerfristig besonders geschützt oder gefördert werden? Ähnlich des Waldleitbilds wäre uns die Erarbeitung eines Flächenleitbilds wichtig. Wir bedauern, dass der Findungsprozess für eine geeignete Ausgleichsmaßnahme für N5 ohne Diskussionsmöglichkeit mit den beteiligten Fachexperten stattgefunden hat. Für die zukünftige Auswahl und Planung von Ausgleichsmaßnahmen schlagen wir vor, die AG Umwelt und ggf. weitere Experten einzubeziehen. Um eine fundierte Beurteilung künftiger Ausgleichsmaßnahmen erreichen zu können, braucht es eine Zusammenstellung aller bisher im Gemeindegebiet durchgeführten Ausgleichsmaßnahmen einschließlich des jeweiligen Stands der Umsetzung bzw. der erfolgreich abgeschlossenen Projekte.

### Innerörtliche Grünpflege

Die innerörtliche Grünpflege erfolgt zunehmend ökologischer, nachdem die Zusammenarbeit zwischen der AG Umwelt und dem Gartenbauamt angelaufen ist. Die Vorschläge der hinzugezogenen Fachleute zu den Pflegemaßnahmen werden mehr und mehr umgesetzt – für konventionell orientierte Beschäftigte im Gartenbau nicht immer sofort leistbar.

Auf Initiative der AG Umwelt ist nun auch die Pflege der Streuobstwiesen wieder in den Plan aufgenommen worden. In Sachen Baumschnitt besteht allerdings noch Schulungsbedarf. Erst kürzlich wurden die Lindenallee-bäume unsachgemäß geschnitten, wodurch Schäden an den Bäumen entstanden sind, die langfristig gesehen zu einer Verkürzung der Lebensdauer führen können.

### Wasser und Abwasser

Das Wasserwerk Tiefgestade ist fertiggestellt und liefert seit kurzem Trinkwasser an die Wasserzentrale. Das alte Wasserwerk wird rückgebaut. Nun muss noch die Fernleitung neu gebaut werden. Dafür sind Mittel eingestellt. Im Zuge des Leitungsneubaus wird dann auch die Straße im Wörth zum Grünschnittplatz erneuert.

Der Ausbau der Kläranlage geht in die nächste Phase. Die bestehende Anlage ist an ihre Kapazitätsgrenze gekommen und muss auch von der Abwasserqualität an die gesetzlichen Anforderungen angepasst werden. Die Kosten für die Klärschlamm Entsorgung und den Stromverbrauch sind deutlich angestiegen.

Aufgrund der Investitionen in den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser wird eine Neukalkulation der Gebühren erforderlich. Es wird daher im Laufe dieses Jahres eine Anhebung der Gebühren sowohl für das Trinkwasser als auch für das Abwasser erfolgen. Im Vergleich zu den anderen Kommunen liegen wir im durchschnittlichen Größenbereich.

## Straßen

Das jährliche Investitionsprogramm zur Straßen- und Gehwegsanierung einschließlich der Erneuerung der Infrastruktur (Wasser und Abwasser) erachten wir für wichtig. Die Verwaltung überprüft kontinuierlich die erforderlichen Maßnahmen und erstellt Pläne mit ergänzenden Hinweisen zur Priorität der Maßnahme.

Die von uns lange schon geforderte Umsetzung von 30er-Zonen in der Leopoldstraße und der Hauptstraße wurde im Zuge der Lärmkartierung nun endlich realisiert. Aufgrund abgesenkter Grenzwerte ergaben die berechneten Lärmemissionen Überschreitungen und damit die Forderung, verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzuführen. Erwartungsgemäß haben sich diese bereits bewährt. Wir freuen uns, dass Mitte letzten Jahres die 30er-Zonen eingeführt wurden. Anscheinend wird hier langsamer gefahren. Dabei wurde nicht nur der Lärm reduziert, es ist auch für alle Verkehrsteilnehmer\*innen – zu Fuß, mit Rad oder Auto - sehr viel weniger gefährlich, die Straßen zu überqueren oder auf sie einzubiegen.

## Gemeinderat

Im November 2020 erfolgte der Beschluss des Gemeinderats Tablets anzuschaffen, um das bereits technisch eingerichtete Ratsinformationssystem einführen zu können. Vor der Sommerpause 2021 wurden die Tablets zwar übergeben, jedoch werden die meisten Unterlagen noch immer in Papierform verteilt. Es ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar, warum sich dieser Prozess solange hinzieht.

In diesem Jahr findet die Bürgermeisterwahl statt. Nach drei Amtszeiten will unser Bürgermeister Bernd Stober in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Er wird auf jeden Fall noch die Vorbereitungen für den Haushalt 2023 leiten.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben am vergangenen Dienstag, 22.02.2022, der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ für das Jahr 2022 zugestimmt.

Wir bedanken uns bei Herrn Bürgermeister Stober, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung insbesondere unserer Kämmerin, Frau Eickel, die einen soliden Haushalt aufgestellt hat. Wir danken den Kolleg\*innen des Gemeinderates für die konstruktive Zusammenarbeit.

Wir hoffen, dass wir bald wieder Aktivitäten planen und uns bei den vielfältigen festlichen Anlässen unserer Gemeinde zum persönlichen Austausch begegnen können.

Eggenstein-Leopoldshafen, im Februar 2022

Kristina Schnell, Ute Wiegel, David Spelman-Kranich, Pia Lipp